

PRESSEINFORMATION

Gemeinsame Lösungen können rund 3900 Arbeitsplätze retten

Papenburg, 13. Januar 2021 – Die neuen Verhandlungen zwischen Betriebsrat, Gewerkschaft und der Geschäftsleitung der MEYER WERFT zur Lösung der Corona-Krise wurden nach rund einem Tag von Seiten der Gewerkschaft und des Betriebsrats unterbrochen. Erst Ende November haben sich die Unternehmensleitung der Werft sowie Gewerkschaft und Betriebsrat unter Moderation des Landes Niedersachsen auf ein erstes Lösungs-Paket verständigt, das jetzt im Detail weiter verhandelt werden sollte. Wir sind fest davon überzeugt ein Ergebnis bis Ende März zu erreichen, damit wir alle Klarheit für die Zukunft haben.

Am Standort Papenburg arbeiten derzeit rund 4.500 Beschäftigte. Aufgrund der 40%igen Reduzierung der Arbeitsleistung in den nächsten Jahren durch die Corona-Krise würden bei linearer Betrachtung 1.800 Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen. Die Geschäftsleitung ist zuversichtlich, einen großen Teil dieser Arbeitsplätze zu retten, wenn man intelligente Konzepte mit dem Betriebsrat vereinbaren könnte.

Die IG Metall und der Betriebsrat hatten die Gespräche mit dem Hinweis abgebrochen, dass in diversen Zukunftsszenarien der Werft bestimmte Zahlen für einen Personalabbau enthalten wären. Die Geschäftsleitung versucht gemeinsam intelligente Lösungen und Einsparungen zu erarbeiten, um so wenige Kündigungen wie möglich aussprechen zu müssen. Denn mit jedem Mitarbeiter, der uns verlassen muss, verlieren wir wichtiges Know-how.

„Wir haben gute Chancen, den Standort insgesamt zu sichern, wenn wir zeitnah richtig und gemeinsam handeln“, so Thomas Weigend, Geschäftsführer der MEYER WERFT.

Erst Ende November wurde eine Beschäftigungsgarantie bis zum 30. Juni 2021 beschlossen. Diese war gekoppelt an den Verzicht auf Sonderzahlungen und die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu einem Zukunftstarifvertrages 2021-25 mit dem Ziel, diesen bis zum 31. März 2021 abzuschließen. Bis zum 31. Januar 2021 sollten Verhandlungen abgeschlossen sein, die das Verhältnis zwischen Stammebelegschaft und Lieferanten klären. Dazu wurde eine neutrale Untersuchung zum Einsatz von Werkverträgen vereinbart.